

**Die Europäische Union und die massenmediale  
Attribution von Verantwortung.  
Projektskizze einer länder-, zeit- und  
medienvergleichenden Untersuchung**

*Jürgen Gerhards, Anke Offerhaus & Jochen Roose*

Berliner Studien zur Soziologie Europas

Nr. 3

November 2005

Die „Berliner Studien zur Soziologie Europas“ des Lehrstuhls für Makrosoziologie der Freien Universität Berlin verstehen sich als ein Ort zur Vorpublikation von Beiträgen, die später in Fachzeitschriften und Sammelbänden veröffentlicht werden sollen. Die Beiträge sollen helfen, eine Soziologie Europas zu profilieren; sie stehen auch im Kontext des Master-Studiengangs „Soziologie – Europäische Gesellschaften“.

Gegenstand der Reihe sind Beiträge zur Analyse der Herausbildung einer europäischen Gesellschaftsstruktur und -kultur, vergleichende Analysen, die die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen europäischen Gesellschaften thematisieren, sowie theoretische Versuche einer Soziologie Europas.

Ziel der Reihe ist es, durch die frühe Verbreitung dieser Arbeiten den wissenschaftlichen Gedankenaustausch zu fördern. Die Beiträge sind nur über das Internet als pdf-Datei zu beziehen.

Zitationsweise: BSSE-Arbeitspapier Nr. 3. Berlin: Freie Universität Berlin.

Dieser Artikel erschien auch in: Florian Busch-Janser u.a. (Hg.): Düsseldorf Forum Politische Kommunikation. Akteure, Prozesse, Strukturen. Berlin/München: poli-c-books (2005) S. 193-212.

## 1. Schuld ist immer die EU

Ohne Aufsehen zu Erregen und ohne große Diskussion passierte im Jahr 2002 die EU-Richtlinie 1999/30/EG, mittlerweile öffentlich bekannt unter dem Namen „Feinstaubrichtlinie“, den deutschen Bundestag und Bundesrat. Viel zu diskutieren gab es nicht, handelte es sich doch um den mittlerweile ganz normalen Prozess der Umsetzung europäischer Vorgaben in deutsches Recht. Von den Parlamentsmitgliedern wurde bei der Verabschiedung allerdings der nun seit dem 1. Januar 2005 gültige Passus im Anhang III des Gesetzeswerks nicht bemerkt. Dort wird unter dem Titel „Grenzwerte für Partikel“ formuliert, was heute insbesondere Großstädte wie München, Berlin, Köln und Hamburg massiv unter Druck setzt: Der Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft darf nicht öfter als 35mal im Jahr überschritten werden. Diese Regelung ruft seit ihrem Inkrafttreten die verschiedensten Akteure auf den Plan. *„Nachdem München als erste deutsche Stadt gegen die neue EU-Feinstaubrichtlinie verstoßen hat, flammt eine Debatte über die schnellere Einführung von Diesel-Rußfiltern, Fahrverbote in Innenstädten und neue Strafsteuern auf. Die Deutsche Umwelthilfe will noch heute Klage gegen München und Oberbayern einreichen.“* (Spiegel, 29. März 2005). Kommunalpolitiker, die qua Gesetz innerhalb ihrer Städte und Kommunen für die Einhaltung der Richtlinie verantwortlich sind, setzen ihre Sicht dagegen. *„Diese einfache Schuldzuweisung will wiederum der Städte- und Gemeindebund nicht akzeptieren. ‚Wir saßen bei der Gesetzgebung nicht mit am Tisch.‘ Darum könne man jetzt nicht die gesamte Verantwortung auf die unterste Ebene abwälzen.“* (Die Welt, 21. März 2005). Interessenvertreter der Wirtschaft, die durch autofreie Sonntage und Innenstadtbereiche ihre wirtschaftlichen Interessen geschädigt sehen, wehren sich ebenfalls: *„Der Sprecher des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hubertus Pellengahr, bezeichnete die Feinstaubrichtlinie als ‚Konsumhemmnis ersten Ranges‘. Ihr Aussetzen dürfe deshalb kein Tabu sein. Die Brüsseler Festlegung sei ‚nicht das Evangelium‘.“* (ebd.) Regierungsmitglieder, die gegenüber der Europäischen Union die Umsetzungsforderungen verantworten, stellen sich stur: *„Am Ende des Verfahrens drohen Deutschland Millionenbußen. Die werden zwar bei der Bundesregierung eingeklagt. Doch Finanzminister Hans Eichel wird die Forderungen bei den Bundesländern und Kommunen eintreiben: ‚Die Umsetzung der Richtlinie ist deren Sache‘, beteuert das Umweltministerium in Berlin - eine deutliche Warnung, die Grenzwerte einzuhalten.“* (ebd.). Und schließlich beteiligten sich auch Vertreter der Europäischen Kommission, die die Umsetzung der Richtlinie kritisch überwachen, an der öffentlichen Debatte: *„EU-Kommissar Günter Verheugen verlangt, dass die europäische Feinstaub-Richtlinie auch in Deutschland umgesetzt wird. Forderungen der deutschen Wirtschaft nach einer laxeren Handhabung wies er als ‚Unsinn‘ zurück. Zudem kündigte er eine Verschärfung der Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von Autos noch in diesem Jahr an.“* (Spiegel, 31.03.05).

Die Diskussion über die Feinstaubregelung der EU-Richtlinie 1999/30/EG ist ein prototypisches Beispiel für den Verlauf einer öffentlichen Debatte über europäische Gesetzgebungsverfahren. In diesen öffentlichen Auseinandersetzungen geht es nicht

nur um das jeweilige Sachthema, sondern auch um die Definition von Verantwortung für gesetzliche Regelungen und deren Folgen. Die beteiligten Akteure weisen sich einander Schuld für Entscheidungen und Versäumnisse im politischen Prozess zu und attribuieren sich wechselseitig die Verantwortung für entstandene Problemlagen. Und sehr häufig schneidet in diesem Prozess des öffentlichen Aushandelns von Schuldigen die EU nicht gut ab. Symptomatisch kommt dies im Spiegel-Titel vom 6. Juni 2005 zum Ausdruck: *„Die Macht vom anderen Stern: Brüssels undemokratische Regulierungswut“*. Die Institutionen der Europäischen Union, vor allem aber die Europäische Kommission, die in der Regel mit der Abkürzung „Brüssel“ bezeichnet wird, genießen in der öffentlichen Wahrnehmung ein schlechtes Image. Sie gelten als überbürokratisiert und demokratisch unterkontrolliert. Man sagt ihnen nach, dass sie mit ihrem Regelungseifer die Freiheiten der Nationalstaaten und deren Bürger einschränken und die Gesellschaften überregulieren. An vielen Missständen ist „Brüssel schuld“, die EU wird zum Sündenbock für Fehler und Versäumnisse.

Die Verantwortung für gesellschaftliche Problemlagen, für Erfolge und Misserfolge ist aber nicht naturgegeben und ergibt sich auch nicht allein aus der Realität selbst. Die Existenz des Feinstaubes lässt sich schwerlich leugnen, die Verantwortung dafür können aber unterschiedliche Akteure haben: die Autofahrer, die zu viel fahren; die Großstädte, die den Verkehr nicht angemessen steuern; der deutsche Bundestag, der die europäischen Vorgaben nicht angemessen umgesetzt hat; die deutsche Regierung, die eine solche Regelung nicht im Vorfeld verhindert hat oder eben die Kommission in Brüssel. Alle genannten Akteure waren an der nun als Problem empfundenen Situation auf irgend eine Weise beteiligt. Wer nun die Verantwortung zu tragen hat, wer schuld ist, ergibt sich nicht aus der Sache selbst, sondern bedarf einer Interpretation, die unterschiedlich ausfallen kann.

Die Frage stellt sich aber nicht erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Es lässt sich auch jenseits konkreter Einzelfragen trefflich streiten, wer für eine Problemlösung überhaupt in Frage kommt. Ist es wirklich Aufgabe der Europäischen Union, die Höchstgrenze für Feinstaubbelastung in Großstädten festzulegen? Oder sollten dies die Städte selbst regeln, oder die Bundesländer, oder die nationalen Regierungen, oder sind einfach die mündigen Bürger gefragt? Zuständigkeitsfragen sind ebenso wie Schuldzuweisungen nicht naturgegeben. Sie sind aber folgenreich – für einzelne politische Akteure und für ganze politische Systeme, wie zum Beispiel die EU.

Der Prozess der Zuschreibung bzw. der Attribution von Verantwortung findet in modernen Gesellschaften vor allem in der massenmedialen Öffentlichkeit statt. In der Medienarena als der aus demokratietheoretischer Sicht wichtigsten institutionalisierten Form von Öffentlichkeit werden durch die Berichterstattung über politische Vorgänge und deren Folgen gesellschaftliche und politische Entwicklungen nicht nur beobachtet, sondern auch sinnhaft konstruiert. Die wechselseitige Aushandlung von Verantwortlichkeiten der politischen Akteure in den Medien sind Teil dieses Konstruktionsprozesses. Dies gilt auch für die öffentliche Debatte über europäische

Themen und Politiken. Wenn aber eine Partei bei diesen Aushandlungen über Zuständigkeiten auffällig oft schlecht abschneidet, wie man es für die EU vermuten kann<sup>1</sup>, so lohnt die Suche nach strukturellen Ursachen.

Das Forschungsprojekt „Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung – eine länder-, zeit- und medienvergleichende Untersuchung“ will zum einen die Verteilung von Verantwortungsattributionen in der massenmedialen Berichterstattung untersuchen, also klären, ob und in welchem Ausmaß die EU in der öffentlichen Darstellung tatsächlich „immer schuld“ ist. Dazu sollen Annahmen über mögliche Ursachen einer solchen systematischen Benachteiligung der EU in der Auseinandersetzung um Schuldzuschreibungen getestet werden. Der vorliegende Beitrag skizziert den theoretischen Hintergrund, die zentralen Hypothesen und die Methode des von der DFG geförderten Projekts. Wir sind noch nicht in der Lage, Ergebnisse des Projekts zu präsentieren, müssen uns stattdessen auf die Darstellung der Hypothesen und des entwickelten methodischen Instrumentariums konzentrieren. Ziel des Projekts ist es, anhand einer quantifizierenden Inhaltsanalyse von zwei deutschen und zwei britischen überregionalen Tageszeitungen im Zeitverlauf von 1994 bis 2003 die Zuschreibungsmuster in und durch die Medien zu untersuchen (vgl. Gerhards 2004).

## 2. Attribution von Verantwortung: Zum Forschungsstand

Studien, die die Zuschreibung von Verantwortung untersuchen oder zumindest thematisieren, findet man vor allem in zwei verschiedenen Forschungskontexten, die eine erste Annäherung an das Thema bieten: (1) die Framingforschung und (2) die sozialpsychologische Leistungsmotivationsforschung.

1. Innerhalb des Framing-Konzepts werden Fragen der Attribution von Verantwortung in und durch die Medien *mittelbar* thematisiert. Zuschreibungsprozesse sind hier Elemente eines umfassenderen sozialen Konstruktions- bzw. Rahmungsprozesses. Wenngleich der Begriff „Framing“ in verschiedenen Disziplinen auf sehr unterschiedliche Gegenstände und Dimensionen bezogen und daher unterschiedlich verwendet wird, liegt ihm die Annahme zugrunde, dass jede Realitätswahrnehmung sozial konstruiert ist.<sup>2</sup> Nach Goffman (1977) wird unter einem sozialen Rahmen (frame) ein bestimmtes Wahrnehmungsmuster verstanden, mit dem Ereignisse und Sachverhalte als Informationen geordnet und verarbeitet werden können. Mit dem Framing geht die Betonung bestimmter Aspekte eines Ereignisses bei gleichzeitiger

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch die Studien von Norris (2004) und Peter (2002), die eine überwiegend negative öffentliche Darstellung der EU aufzeigen.

<sup>2</sup> Einen guten Überblick über eine Vielzahl von Studien aus den Bereichen der Neuen sozialen Bewegungen, der (Öffentlichkeits-)Soziologie und der Kommunikations- und Medienwissenschaft gibt Scheufele (1999).

Vernachlässigung anderer einher, was zu einer spezifischen Interpretation führt. Die „Attribution von Verantwortung“ als Teil des Framings spielt in zwei Forschungszweigen eine wichtige Rolle: a) in der Tradition der Bewegungsforschung und b) in kommunikationswissenschaftlichen Framing-Studien.

a) In der Tradition der Bewegungsforschung wird Framing als Mobilisierungsstrategie von Protestakteuren verstanden (vgl. Snow et al. 1986; Snow und Benford 1988; Gerhards und Rucht 1992). Man nimmt an, dass eine der Bedingungen für erfolgreiche Mobilisierung die überzeugende Problemdeutung ist. Die Protestakteure interpretieren die Wirklichkeit strategisch, um Situationen zu skandalisieren und Lösungen einzufordern. Ein vollständiger Frame umfasst die Definition eines Sachverhaltes als Problem, die Identifikation von Ursachen und Verursachern sowie von Adressaten zur Problemlösung, das Aufzeigen von möglichem Erfolg in der Problembearbeitung und schließlich die Selbstlegitimation der Protestakteure (vgl. Gerhards 1992; 1993b). Um den Frame zu verbreiten, bedienen sich Protestakteure in der Regel der Massenmedien. Daher setzen empirische Framing-Analysen oft an den Inhalten der Medienberichterstattung an (Gamson und Modigliani 1989; Gamson und Stuart 1992; Gerhards et al. 1998; Ferree et al. 2002). Feindt und Kleinschmit (2004) haben für den BSE-Skandal eine Framing-Analyse vorgelegt, die Verursacher, Opfer und Täter unterscheidet. Die Analyse ist hier wegen der zentralen Rolle der EU in dem Konflikt von besonderem Interesse. Der eigentliche Attributionsprozess, wer also wen verantwortlich macht, wird in der erwähnten Studie aber nicht detailliert untersucht.

b) Kommunikationswissenschaftliche Framing-Studien rücken Journalisten als eigenständige Deutungsakteure in den Untersuchungsfokus, da diese durch Auswahl und Darstellungsweise der zu berichtenden Ereignisse – bewusst oder unbewusst – bestimmte Deutungen nahe legen können. Das Framing von Medieninhalten dient demnach als Erklärungskonzept für die Nachrichtenselektion und Nachrichtenstrukturierung von Journalisten (vgl. Scheufele und Brosius 1999; Brosius und Eps 1993). Journalisten, so die Annahme, wählen Ereignisse, die sich in einen bestimmten Bezugsrahmen einfügen lassen und betonen Ereignisaspekte, die den dominanten Merkmalen des Bezugsrahmens entsprechen. Anhand ihrer Untersuchungen zeigen die Autoren eine relative Stabilität der journalistischen Frames, verweisen aber auch darauf, dass sie sich unter dem Einfluss von Schlüsselereignissen verändern können.<sup>3</sup> Inwieweit mit bestimmten Deutungsrahmen auch Zuweisungen von Verantwortlichkeit verbunden sind, wurde wiederum im Detail nicht untersucht. Eine Ausnahme bildet die Studie von Iyengar (1991). Dieser verbindet das Framing in den Medien mit der Verantwortungsattribution der Zuschauer. Iyengar belegt, dass unterschiedliche journalistische Darstellungsweisen, nämlich die Präsentation von Ereignissen

---

<sup>3</sup> Zur Frage nach Framing-Effekten, also der Übernahme von Medienfames durch die Rezipienten, vgl. Brosius/Eps (1995).

innerhalb episodischer oder thematischer Rahmen, einen systematischen Einfluss auf die Art und Weise der Verantwortungszuschreibung durch die Rezipienten haben.

2. Die Attribution von Verantwortung im engeren Sinne ist ein vorwiegend in der Sozialpsychologie untersuchter Gegenstand mit zahlreichen theoretischen und empirischen Arbeiten (als Überblick vgl. Ficham und Hewstone 2002; Försterling und Stiensmeier-Pelster 1994). Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob ein Akteur die Ursache eines Handlungsergebnisses sich selbst oder den äußeren Umständen und situativen Gegebenheiten zuschreibt. Ergebnisse aus Untersuchungen zu individueller Leistungsmotivation belegen, dass das Attributionsverhalten zwischen verschiedenen Charaktertypen variiert, in der Tendenz aber die Akteure sich mit einer selbstwertdienlichen Verzerrung Erfolge selbst zuschreiben, während Misserfolge auf widrige Umstände zurückgeführt werden.

Die Zurechnung von Erfolg und Misserfolg spielt eine entscheidende Rolle in der Erklärung der Leistungsmotivation von Personen, da der Attributionsvorgang handlungsleitend in Folgesituationen ist (Ficham und Hewstone 2002: 245ff.). Nach einem ähnlichen Prinzip kann das Attributionsverhalten auch auf die gruppenspezifische Herkunft eines Akteurs zurückgeführt werden. Menschen neigen dazu, die Eigengruppe gegenüber der Fremdgruppe zu bevorzugen; im Sinne einer gruppendienlichen Verzerrung attribuieren Akteure positives Verhalten der Fähigkeit der eigenen Gruppe, während sie positives Verhalten von Mitgliedern der Fremdgruppe eher extern attribuieren, also den Umständen zuordnen.

Auch in der Kommunikations- und Medienwissenschaft werden unter Anwendung sozialpsychologischer Attributionstheorien massenmedial vermittelte Diskussionen und Interpretationen von Wahlergebnissen (vgl. Tennert und Stiehler 2001; Stiehler 2000; Försterling 2000; Stiehler und Marr 1996) und Sportergebnissen (vgl. Stiehler und Marr 1995; Möller 1993) untersucht. Die dabei im Vordergrund stehenden Zuschreibungen der Ursachen und Verursacher von Erfolg bzw. Misserfolg ergeben sich, so Stiehler (2000: 106ff.), aus der Interpretationsbedürftigkeit der Ergebnisse. Dabei zeigen die genannten Inhaltsanalysen, dass Erfolg und Misserfolg in den Medien nach den gleichen, aus sozialpsychologischen Experimenten bekannten Mechanismen attribuiert werden: Beispielsweise liegt eine Wahniederlage an den widrigen Umständen, während der Wahlsieg auf die eigene Kompetenz zurück geht.<sup>4</sup>

Sowohl die Framing-Forschung als auch die sozialpsychologische Leistungsmotivationsforschung sind für eine soziologische Attributionsforschung insgesamt nur begrenzt befruchtend und dies aus drei Gründen:

---

<sup>4</sup> Ein weiteres daran geknüpftes Forschungsinteresse, das allerdings nicht im Untersuchungsfokus des Projekts liegt, ist die Frage nach den Effekten der durch die Massenmedien vermittelten Attributionen auf die Zuschauer. Stiehler und Marr (1995) vergleichen beispielsweise auf der Grundlage von Rezipientenbefragungen, inwieweit die Zuschauer die durch die Medien angebotenen Interpretationen übernehmen. Dass dies insbesondere bei Fernsehzuschauern tatsächlich der Fall war, deuten sie als kurzfristige Medieneffekte.

a. Soziologen sind in erster Linie an kollektiven Akteuren und Institutionen interessiert; vor allem die sozialpsychologische Forschung fokussiert dagegen in erster Linie auf individuelle Akteure.

b. Soziologen erklären das Handeln von Akteuren und somit auch das Attributionshandeln mit Rekurs auf die strukturelle und ideologische Position, die ein Akteur innerhalb einer Gesellschaft oder eines gesellschaftlichen Feldes einnimmt. Zu dieser Frage finden sich in der Literatur so gut wie keine Hypothesen.

c. Die empirisch-systematische Erhebung und Auswertung von Attributionsvorgängen stellt eine empirische Herausforderung dar, zu der es keine Vorlagen gibt, auf die man zurückgreifen kann. Die Entwicklung einer Methode zur systematischen Erhebung von Attributionshandlungen ist methodisches Neuland.

Wir wollen im Folgenden in einem ersten Schritt genuin soziologische Hypothesen formulieren, die das Attributionsverhalten von kollektiven Akteuren im Kontext einer Berichterstattung über europäische Themen erklären können. In einem zweiten Schritt werden wir ein methodisches Verfahren zur Erhebung von Attributionshandlungen vorstellen, das wir im Kontext des Projektes entwickelt haben. Die entwickelte Methode ist unabhängig von dem konkret untersuchten Thema, kann also auch zur Erhebung von Attributionshandlungen im Kontext von anderen Themengebieten genutzt werden.

### **3. Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung: Hypothesen**

Unsere Überlegungen gehen aus von dem strategischen Aspekt der öffentlichen Kommunikation: Wer sich in Massenmedien zu Wort meldet, will – in aller Regel – etwas erreichen, also eine bestimmte Sichtweise, eine Meinung oder Interpretation in der Öffentlichkeit durchsetzen. Aus den strukturellen Interessen von Akteuren lassen sich dann Annahmen darüber ableiten, wer in den Massenmedien auf welche Weise attribuiert wird.

#### **3.1 Ausgangshypothese**

Die nationalen Regierungen sind über Wahlen an die Zustimmung ihrer nationalen Bevölkerungen gebunden. Sie haben daher ein Interesse, in der nationalen Öffentlichkeit die Verantwortung für Erfolge selbst und Verantwortung für Misserfolge fremd zu attribuieren. Bei Entscheidungen mit Bezug zur EU kann eine mögliche Form der nationalen Fremdattribuierung die Zuschreibung auf EU-Institutionen, insbesondere die EU-Kommission, bedeuten. Die EU-Kommission dagegen kann ihre Position und ihre Abhängigkeit von Entscheidungen der nationalen Regierungen nur sehr eingeschränkt darstellen, da es noch keine europäische Öffentlichkeit gibt, son-

dern die national versäulten Öffentlichkeiten aus strukturellen Gründen von den nationalen Akteuren dominiert werden (Gerhards 1993a; Gerhards 2000; Sievert 1998). Die Europäische Union ist in der Attribuierungsfrage strukturell im Nachteil und erfüllt damit eine ideale Sündenbockfunktion (Gramberger und Lehmann 1995: 195f.). Unsere Ausgangshypothese lautet (H1): *In der öffentlichen Darstellung von Entscheidungen mit EU-Bezug wird die Verantwortung für Misserfolge überwiegend der EU-Kommission zugeschrieben.*

Auf die Dauer führt diese strukturell angelegte Konstellation, die über mehrere Politikbereiche wirkt, zu einer Delegitimierung der Kommission. Dies macht die Brisanz der Frage aus.

### 3.2 Veränderungen im Zeitverlauf

Während die Ausgangshypothese von der noch geringen Präsenz von EU-Akteuren in den nationalen Öffentlichkeiten und einem geringen Maß an Selbstdarstellung der EU-Institutionen Anfang der 1990er Jahre ausgeht, weisen jüngere Studien auf Veränderungen der Berichterstattungsbedingungen: Zum einen zeigen Untersuchungen verschiedener Institutionen der EU, dass sich ihre Kommunikationspolitik verändert hat. Seit Mitte der 1990er Jahre und damit besonders als Reaktion auf die Abstimmungsniederlagen zum Maastricht-Vertrag und den schwankenden Zustimmungswerten zur EU in verschiedenen Mitgliedsstaaten haben Versuche begonnen, die Öffentlichkeitsarbeit zu reformieren und auszubauen (Hoesch 2003; Gramberger 1997). Zum anderen verweisen verschiedene Autoren anhand von Fallstudien auf entscheidende und möglicherweise längerfristige Veränderungen in der Rolle der EU-Journalisten. Meyer (2002) berichtet von journalistischen Kooperationen im Zusammenhang mit dem Skandal um die Europäische Kommission 1999. Olivier Baisnée (2002) zeigt für britische und französische Journalisten die Entstehung einer neuen Journalistengeneration in Brüssel, die stärker investigativ arbeitet. Der Untersuchungszeitraum von 1994 bis 2003 deckt im Unterschied zu den bereits existierenden Fallstudien diese Entwicklungen ab und kann daraus folgende Veränderungen der EU-Berichterstattung erfassen.

So lautet die erste Variation der Ausgangshypothese für einen Zeitvergleich (H2): Im Zeitverlauf von 1994 bis 2003 wird das Ausmaß der Schuld attribution für Misserfolg an die EU-Organe schwächer, da sich a) die Öffentlichkeitsarbeit der Institutionen der EU intensiviert hat und b) die europäisch arbeitenden Journalisten als Gegeninterpret zu den nationalen Regierungen an Bedeutung gewonnen haben.

### 3.3 Länderunterschiede

Öffentliche Debatten sind eingebettet in die politische Kultur. Zur politischen Kultur eines Landes der EU gehören unter anderem generalisierte Vorstellungen über den Nutzen der EU, Vorstellungen über die weitere Integration des eigenen Landes in die EU und die allgemeine Bewertung der Institutionen der EU. Wird der EU und ihren Institutionen bereits geringes Vertrauen entgegen gebracht, erscheint die Zuschreibung von Misserfolgen an deren Institutionen naheliegend. Negative Attributionen können in solchen Fällen mit hoher öffentlicher Resonanz rechnen.<sup>5</sup> Werden die EU und ihre Institutionen in einem Land dagegen grundsätzlich positiv angesehen, so können die negativen Zuschreibungen nicht unbedingt mit Resonanz rechnen. Sie erscheinen weniger anschlussfähig und ein Gegenframe, der die EU positiver darstellt, dürfte bessere Erfolgchancen haben. Mit dem Untersuchungsfokus auf Deutschland und Großbritannien, d.h. deutschen und britischen Zeitungen (s.u.) sowie deutschen und britischen Akteuren in den jeweiligen Zeitungen, werden zwei Länder mit gegensätzlichen Haltungen zur EU untersucht. Diese gegensätzlichen Haltungen spiegeln sich einerseits in der jeweils nationalen Europa-Politik wider (für Großbritannien vgl. Morgan 1995). Andererseits zeigen Umfrageergebnisse den unterschiedlichen Grad an Unterstützung der EU.<sup>6</sup>

Unsere ländervergleichende Hypothese lautet entsprechend (H3): In Ländern, die durch eine EU-kritische Haltung gekennzeichnet sind, wird die Schuld attribution für Misserfolg an die Institutionen der EU höher sein als in Ländern, die EU-freundlich sind.

### 3.4 Medienunterschiede

Qualitätsmedien, insbesondere die Qualitätspresse, spielen in der politischen Kommunikation eine besondere Rolle. Sie werden einerseits von der politischen Elite gelesen und haben daher eine besonders wichtige Meinungsbildungsfunktion bei den Entscheidungsträgern. Printmedien haben dabei für politische Akteure eine etwas größere Bedeutung als die elektronischen Medien, was an der besseren Rezeptionsmöglichkeit und an der umfassenderen Informationstiefe liegt (Fuchs/Pfetsch 1996: 23). Andererseits sind sie einflussreich bei anderen Medien, da ihre Themen und möglicherweise zum Teil auch Positionen in einem Prozess des Inter-Media-Agenda-Settings von anderen Medien aufgegriffen werden (Noelle-Neumann/Mathes 1987). Von den nationalen Qualitätsmedien lässt sich eine Vorreiterrolle für die EU-

---

<sup>5</sup> Zur Resonanz bei Deutungsrahmen, also der Glaubwürdigkeit von Interpretationen durch Anschlussmöglichkeiten an vorliegendes Wissen vgl. Gamson (1992) sowie Snow und Benford (1988).

<sup>6</sup> 36% der Briten sind der Meinung, dass die Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache ist, während der Anteil derjenigen in Deutschland bei 58% liegt (Europäische Kommission 2005: 11).

Berichterstattung insgesamt erwarten. Dies zeigt sich an dem vergleichsweise gut ausgebauten Korrespondentennetz auch in Brüssel und schlägt sich in der Häufigkeit von EU-Nachrichten nieder.<sup>7</sup> Analysiert werden deshalb nationale Qualitätszeitungen.

Aus kommunikationswissenschaftlichen Studien zur Politikdarstellung in den Medien weiß man um den Einfluss der ideologischen Orientierung eines Mediums auf die Nachrichtenauswahl (Voltmer 1997). In verschiedenen Studien konnte gezeigt werden, dass sich Medien – insbesondere Zeitungen – auf der das politische Spektrum abbildenden Links-Rechts-Skala verorten lassen (Kepplinger et al. 1989; Hagen 1992). Auch wenn die ideologischen Grundpositionen möglicherweise je nach Politikfeld variieren, wie Voltmer (1997) zum Beispiel für den Bundestagswahlkampf 1990 feststellte, so repräsentieren Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung für Deutschland sowie The Times und The Guardian für Großbritannien in ihrer Grundausrichtung jeweils gegensätzliche Positionen auf dem links-liberalen bis rechts-konservativen Meinungsspektrum. Die politische Redaktionslinie müsste sich nun in der Weise niederschlagen, dass eine Schuld attribution der nationalen Regierung an die EU unterschiedlich akzeptiert wird. Wir vermuten, dass regierungsnahen Zeitungen seltener solche Deutungen unhinterfragt aufnehmen, die Verantwortung weg von der nationalen Regierung auf die EU-Ebene verschieben.

Die medienvergleichende Hypothese lautet entsprechend (H 4): Je nach ideologischer Orientierung einer Zeitung wird das Attributionsmuster unterschiedlich ausfallen: Zeitungen, die der Regierung nahe stehen, stellen seltener die Verantwortungszuschreibung der nationalen Regierung in Frage und nehmen die konkurrierenden Deutungen der EU auf als Zeitungen, die der Opposition nahe stehen.

Mit diesen vier Hypothesen kann nun überprüft werden, ob die EU tatsächlich als öffentlicher Sündenbock dient und welche Faktoren in welchem Ausmaß dieses Attributionsmuster beeinflussen.

#### **4. Ein Verfahren zur systematischen Erhebung von Attributionsaussagen**

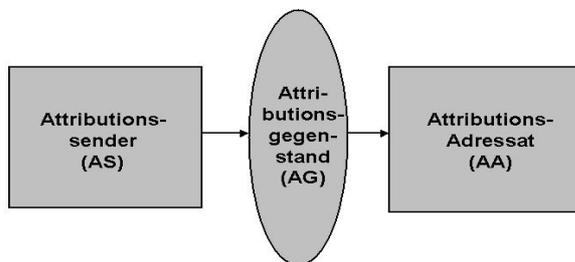
Mit Hilfe einer systematischen Inhaltsanalyse von Tageszeitungen wollen wir ländervergleichend (Deutschland, Großbritannien), zeitvergleichend (1994-2003) und medienvergleichend (Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian, The Times) untersuchen, wie die Rolle der EU-Institutionen, vornehmlich der Europäischen Kommission, bei politischen Entscheidungen in den Massenmedien interpretiert wird und wie die Attribution von Verantwortung ausfällt.

---

<sup>7</sup> Ein Zeitungsvergleich (Frankfurter Rundschau, tageszeitung (taz), Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung) über die Berichterstattung zu europäischen Themen hat gezeigt, dass letztere am umfangreichsten über die EU berichtet (Offerhaus 2002).

Zur quantitativen Erfassung der Zuschreibungsprozesse haben wir ein Verfahren entwickelt, das unabhängig von dem Thema „Europaberichterstattung“ verwendbar ist. Im Mittelpunkt der inhaltsanalytischen Codierung steht die Identifikation einer bestimmten Konstellation von Akteuren auf der Aussagenebene der einzelnen Zeitungsartikel: Ein Akteur A (*Attributionssender*) weist mit seiner Aussage einem weiteren Akteur B (*Attributionsadressat*) in Bezug auf einen bestimmten Gegenstandsbe-  
reich (*Attributionsgegenstand*) Verantwortung zu. Die Attribution von Verantwortlichkeit lässt sich demnach übersetzen in die Frage: „Wer wird von wem für was verantwortlich gemacht?“ Das folgende Schaubild fasst die Attributionstrias zusammen.

**Schaubild 1:** Die Attributionstrias



Diese Attributionstrias muss weiter differenziert werden:

1. Kausalattribution versus Zuständigkeitsattribution. Im Anschluss an Iyengar (1991) unterscheiden wir zwei unterschiedliche Typen von Attributionsaussagen. Ein Attributionssender kann einen Attributionsadressaten für die Entstehung eines Ereignisses ursächlich verantwortlich machen. Wir sprechen von einer *Kausalattribution*, wenn ein Attributionssender einen Attributionsadressaten als zukünftig oder vergangen *ursächlich* im Hinblick auf einen Attributionsgegenstand verantwortlich benennt und bewertet. In einer solchen Konstellation schreibt der Attributionssender dem Attributionsadressaten die Verantwortung für den betreffenden Attributionsgegenstand (beispielsweise eine politische Maßnahme) zu, weil das Handeln des Attributionsadressaten ursächlich für das Ergebnis war. Hierbei handelt es sich um eine *faktische Kausalattribution* des Attributionssenders, der den Adressaten als tatsächlich ursächlich verantwortlich benennt. Es ist aber auch möglich, dass der Attributionssender Prognosen oder Hypothesen darüber abgibt, ob die zukünftige Verantwortung des Attributionsadressaten zu einem Erfolg oder Misserfolg führen wird oder führen könnte (*prognostische bzw. hypothetische Kausalattribution*). So prognostiziert der Einzelhandelsverband in dem anfänglichen Beispiel einen Umsatzrückgang aufgrund eines innerstädtischen Fahrverbots, bevor die Maßnahme überhaupt umgesetzt ist. Der Attributionssender spekuliert über die *möglichen* Folgen, wenn er einen Attributionsadressaten ursächlich im Hinblick auf einen Gegenstand verantwortlich macht.

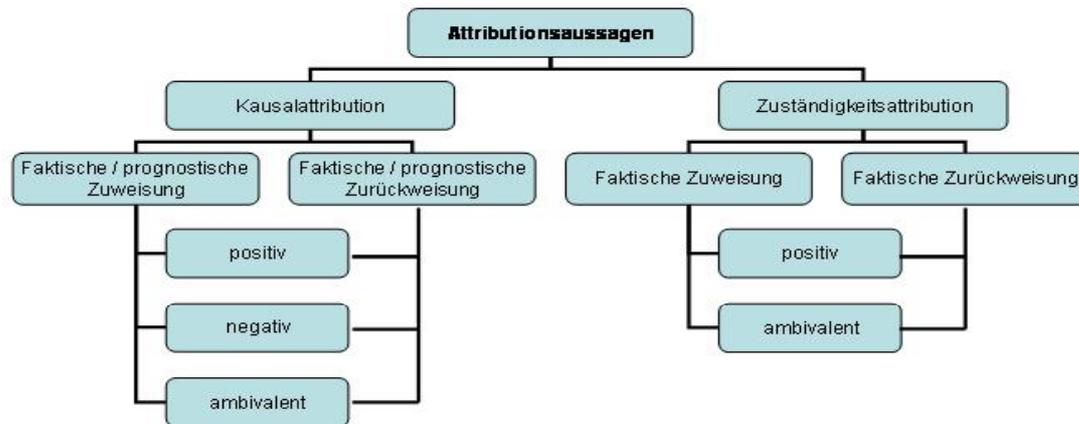
Ein Attributionssender kann aber auch einem Akteur die Zuständigkeit für die Lösung eines Problems zuordnen. Dann sprechen wir von einer *Zuständigkeitsattribution*. Für die meisten gesellschaftlichen Probleme mit Regelungsbedarf gibt es spezialisierte und damit eindeutig verantwortliche (=zuständige) Teilsysteme und ihre jeweils handelnden Akteure. In der Regel wird ihre Verantwortlichkeit und Problemlösungskompetenz nicht mehr infrage gestellt, sondern lediglich als gut oder schlecht funktionierend beurteilt. Mit dem europäischen Einigungsprozess werden aber Zuständigkeiten verändert und neu definiert. In einer „polity in the making“, wie es die EU ist (vgl. u.a. Eriksen 2005), spielt die Zuständigkeitsattribution naturgemäß eine wichtige Rolle

2. Attribuieren versus Zurückweisen einer Attribution: Attributionssender können sich selbst und anderen Verantwortung für Ereignisse zuschreiben, sie können eine Verantwortungsattribution aber auch zurückweisen. Die Bundesregierung kann z.B. behaupten, dass sie für die hohe Arbeitslosigkeit nicht verantwortlich ist; sie kann zugleich behaupten, dass sie das Gesundheitssystem gerechter gemacht hat. Im zweiten Fall liegt eine Attributionszuschreibung im engeren Sinne, im ersten Fall die Zurückweisung einer Attribution vor.

3. Bewertungen innerhalb von Attributionsaussagen: Schließlich enthalten Attributionsaussagen Bewertungen, die *positiv*, *negativ* oder *ambivalent* ausfallen können. Handelt es sich um eine *Kausalattribution*, so bedeutet eine positive Bewertung des Gegenstandes oder des Adressaten, dass ein *Erfolg* zugeschrieben wird und eine negative Bewertung, dass ein *Misserfolg* oder *Schuld* zugeschrieben wird. Eine ambivalente Bewertung enthält sowohl positive wie auch negative Elemente, bleibt aber letztlich uneindeutig. Die Zurückweisung von bewerteten Kausalattributionen hat wiederum einen bewertenden Charakter. Die Zurückweisung einer positiv bewerteten Kausalattribution bedeutet die Negierung des Erfolgs. Der Erfolg wird also bestritten. Die Zurückweisung einer negativ bewerteten Kausalattribution bedeutet die Negierung des Misserfolgs für den Gegenstand oder den Akteur, es handelt sich also der Behauptung nach nicht um einen Misserfolg.

Bei einer *Zuständigkeitsattribution* stellt sich die Bewertung etwas anders dar. Da es bei der Zuständigkeitsattribution ohnehin um Forderungen geht, ist eine negative Bewertung an sich nicht möglich. Niemand formuliert eine Forderung, um dann kund zu tun, dass er gegen die Erfüllung der Forderung sei. Stattdessen entspricht der negative Fall der Zurückweisung einer Zuständigkeitsattribution. Es kann auch zu ambivalenten Zuständigkeitsattributionen kommen, wenn Gründe genannt werden, die für und gegen die Zuständigkeit des Adressaten sprechen.

Die verschiedenen Arten von Attributionsaussagen, ob als Kausal- oder Zuständigkeitsattribution, ob als faktische oder prognostische Aussage, als Zuweisung oder Zurückweisung, dabei positiv, negativ oder ambivalent bewertet, können in einer Attributionsaussage in verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten auftreten. Das folgende Schaubild fasst die komplexe Struktur von Attributionsaussagen zusammen.

**Schaubild 2:** Codierbaum der Attributionsaussagen

Mit Hilfe dieses allgemeinen Attributionsschemas, das die Attributionstypen aus Akteuren, Gegenständen und Bewertungen in Beziehung zueinander setzt, können alle Arten von Zuschreibungen identifiziert werden. Eine Aussage wird somit zu einer *Attributionsaussage*, wenn sich die Konstellation von *Attributionssender*, *Attributionsadressat* und *Attributionsgegenstand* bestimmen lässt.

Die hier bezeichnete Attributionstypen ist eine umfassende Argumentationsfigur. An formalen Kriterien wie Sätzen oder Textabschnitten lässt sich nicht festlegen, was zu einer Attributionsaussage gehört, man muss sich an inhaltlich-semantischen Kriterien orientieren. Für die Codierung muss also der vollständige Bedeutungs- oder Sinnzusammenhang einer Attributionsaussage erfasst werden, der ein und demselben oder mehreren Sprechern zugeordnet werden kann. Solche Sinnzusammenhänge verteilen sich mitunter über einen ganzen Artikel. In anderen Fällen bleiben Elemente der Attributionstypen unbestimmt, was in unserem Projekt dazu geführt hat, die Aussage nicht zu codieren.

Ein weiteres Problem der Codierung war die eindeutige Identifikation und Zuordnung der Akteure als nationalstaatliche oder europäische Akteure. Diese Zuordnung ist gerade für die Untersuchung von Attributionsprozessen in der Konkurrenz von nationalstaatlicher versus europäischer Attribution entscheidend. Politische Akteure auf EU-Ebene haben häufig Zwitterfunktionen, die im Zweifelsfall auf eine Funktion reduziert werden müssen.<sup>8</sup>

Die genannten Schwierigkeiten führen zum einen zu einer ausgesprochen aufwändigen Coder-Schulung. Zum anderen ist auch die Anzahl der auffindbaren Attributionsaussagen begrenzt. Die Zeitungsberichterstattung wird in vielen Fällen der im Projekt erforderlichen Genauigkeit bei der Angabe von Attributionssender, -adressat und Attributionsgegenstand nicht gerecht. Die Art der Fragestellung, die

<sup>8</sup> Zur Lösung dieses Zuordnungsproblems vgl. das Codebuch zum Projekt „Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung“ (unter [http://www.uni-leipzig.de/~attreu/AttrEU\\_Codebuch.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~attreu/AttrEU_Codebuch.pdf)).

auf die Relation von Sender und Adressat abstellt, kann auf die Vollständigkeit der Attributionstypen aber nicht verzichten.

## 5. Schlussbemerkung

Die öffentliche Attribution von Verantwortung spielt in der politischen Kommunikation eine bedeutsame Rolle. Dauerhaft versuchen Akteure, sich selbst Erfolge zuzuschreiben und dem politischen Gegner Misserfolge zu attribuieren. Der Erfolg solcher Kommunikationsstrategien entscheidet mit über das Image, die Kompetenzzuschreibung und die Legitimität, die Akteure in den Augen der Bürger genießen. Und da die Bürger in Demokratien wiederum über die Zukunft der politischen Amtsträger mitentscheiden, haben erfolgreiche oder nichterfolgreiche Attributionshandlungen einen mittelbaren Einfluss auf deren Karriere- und Machtchancen.

Trotz dieser Bedeutung von Attributionen haben die Sozialwissenschaften weder ein methodisches Instrumentarium entwickelt, mit dem man Attributionsaussagen systematisch erheben kann, noch Hypothesen formuliert, die Unterschiede im Attributionsverhalten von Akteuren erklären können. Wir haben in diesem Artikel eine Methode zur Codierung von Attributionsaussagen vorgestellt. Auch wenn man erst nach Abschluss des Projekts entscheiden kann, ob das entwickelte Verfahren hinreichend geeignet ist, Attributionsprozesse systematisch zu erheben, sind wir recht optimistisch, dass die entwickelte Methode auch unabhängig von dem konkreten Themengebiet Verwendung finden kann.

Die Formulierung von Hypothesen kann nicht unabhängig von der inhaltlichen Fragestellung erfolgen. Die hier entwickelten Hypothesen beziehen sich auf die Darstellung der Europäischen Union in den Medien. Am Beispiel einiger Pressezitate zum Feinstaubrichtlinien-Erlass haben wir illustriert, dass die EU in erster Linie als Sündenbock für nicht geglückte Politiken interpretiert wird. Dies hat strukturelle Gründe: Die nationalen Regierungen sind über Wahlen an die Zustimmung ihrer nationalen Bevölkerungen gebunden. Sie haben daher ein Interesse, in der nationalen Öffentlichkeit die Verantwortung für Erfolge selbst und Verantwortung für Misserfolge fremd und das heißt u.a. der EU zu attribuieren. Die EU-Kommission dagegen kann ihre Position nur sehr eingeschränkt darstellen, da es noch keine europäische Öffentlichkeit gibt, sondern die national versäulten Öffentlichkeiten aus strukturellen Gründen von den nationalen Akteuren dominiert werden. Diese Grundhypothese haben wir dreifach spezifiziert: Spielt die generalisierte politische Einstellung eines Landes im europäischen Integrationsprozess eine Rolle (Ländervergleich)? Welchen Einfluss hat die politisch-ideologische Linie einer Zeitung (Medienvergleich)? Welche Veränderungen ergeben sich im Zeitverlauf (Zeitvergleich)?

Ob die Hypothesen tragfähig sind und sich bestätigen lassen, bleibt der Datenauswertung vorbehalten.

## 6. Literatur

- Baisnée, Olivier, 2002: Can political journalism exist at the EU level? In: R. Kuhn, Political journalism. New challenges, new practices. London; New York, Routledge, 108-128.
- Brosius, Hans-Bernd und Peter Eps, 1993: Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Ausländer und Asylanten. In: Rundfunk und Fernsehen 41: 512-530.
- Brosius, Hans-Bernd und Peter Eps, 1995: Framing auch bei Rezipienten? Der Einfluss der Berichterstattung über fremdenfeindliche Anschläge auf die Vorstellungen der Rezipienten. In: Medienpsychologie 7: 169-183.
- Eriksen, Erik O. (Hg.), 2005: Making the European Polity. Reflexive integration in the EU. London: Routledge.
- Europäische Kommission, 2005: Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht Nr. 63. Brüssel: Europäische Kommission.
- Feindt, Peter Henning und Daniela Kleinschmit, 2004: Verursacher, Opfer und Helfer. BSE und Agrarpolitik in deutschen Zeitungen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 17: 93-97.
- Ferree, Myra Marx et al., 2002: Shaping Abortion Discourse: Democracy and The Public Sphere in Germany and the United States. New York: Cambridge University Press.
- Ficham, Frank und Miles Hewstone, 2002: Attributionstheorie und -forschung - Von den Grundlagen zur Anwendung. In: Wolfgang Stroebe et al. (Hg.), Sozialpsychologie. Eine Einführung. Berlin u.a.: Springer, 215-264.
- Försterling, Friedrich, 2000: Wahlen aus der Perspektive der Attributionstheorie: Forschungsergebnisse, Versuchspläne und Analyseperspektiven. In: Bohrmann, Hans et al (Hrsg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 91-104.
- Försterling, Friedrich und Joachim Stiensmeier-Pelster (Hg.), 1994: Attributionstheorie: Grundlagen und Anwendungen. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe.
- Fuchs, Dieter und Barbara Pfetsch, 1996: Die Beobachtung der öffentlichen Meinung durch das Regierungssystem. Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. W. van den Daele and F. Neidhardt. Berlin, edition sigma: 103-138.
- Gamson, William A., 1992: Talking Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gamson, William A. und Andre Modigliani, 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. In: American Journal of Sociology 95: 1-37.
- Gamson, William A. und David Stuart, 1992: Media Discourse as a Symbolic Contest: The Bomb in Political Cartoons. In: Sociological Forum 7: 55-86.
- Gerhards, Jürgen, 1992: Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. In: Journal für Sozialforschung 32: 307-318.
- Gerhards, Jürgen, 1993a: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie 22: 96-110.
- Gerhards, Jürgen, 1993b: Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, 2000: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. S. 277-305 in: Maurizio Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, 2004: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung – eine länder-, zeit- und medienvergleichende Untersuchung. Projektantrag ([http://www.uni-leipzig.de/~attreu/AttrEU\\_DFG-Antrag.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~attreu/AttrEU_DFG-Antrag.pdf)).

- Gerhards, Jürgen und Dieter Rucht, 1992: Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany. In: *American Journal of Sociology* 98: 555-595.
- Gerhards, Jürgen, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht, 1998: Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Goffman, Erving, 1977: *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gramberger, Marc R., 1997: Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952-1996. PR zur Legitimation von Integration. Baden-Baden: Nomos.
- Gramberger, Marc R. und Ingrid Lehmann, 1995: UN und EU: Machtlos im Kreuzfeuer der Kritik. In: *Publizistik* 40: 186-204.
- Hagen, Lutz M., 1992: Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. In: *Publizistik* 37: 444-460.
- Hoesch, Kirsten, 2003: *Kontinuität und Wandel in der Kommunikationsstrategie der EU-Kommission.* Osnabrück, Der Andere Verlag.
- Iyengar, Shanto, 1991: *Is Anyone Responsible? How Television Frames Political Issues.* Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Kepplinger, Hans M. et al., 1989: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte. In: M. Kaase and W. Schulz (Hg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde.* Opladen, Westdeutscher Verlag: 199-220.
- Meyer, Christoph Olaf, 2002: *Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre: Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortung.* Berlin: Vistas.
- Möller, Jens, 1993: *Attributionen in den Massenmedien. Zum Einfluss nationaler Gruppenzugehörigkeit, Gruppengröße und Geschlecht auf spontane Ursachenzuschreibungen.* Bonn: Holos-Verlag.
- Morgan, David, 1995: British Media and European Union News. The Brussels News Beat and its Problems. In: *European Journal of Communication* 10: 321-341.
- Noelle-Neumann, E. und R. Mathes, 1987: „The 'Event as Event' and the 'Event as News': The Significance of 'Consonance' for Media Effect Research. In: *European Journal of Communication* 2 (4): 391-414.
- Norris, Pippa, 2000: *A virtuous circle: Political communications in postindustrial societies.* Cambridge, Cambridge University Press.
- Offerhaus, Anke, 2002: *Die Wahrnehmung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagesberichterstattung. Eine empirische Untersuchung zur Beschreibung der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit.* Leipzig: Magisterarbeit am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig (unveröffentlicht).
- Peter, Jochen, 2002: Formale und inhaltliche Charakteristiken der alltäglichen Fernsehberichterstattung über die Europäische Union – eine Inhaltsanalyse in fünf Mitgliedstaaten. In: Lutz M. Hagen (Hg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess.* Köln: von Halem: 146-161.
- Scheufele, Bertram und Hans-Bernd Brosius, 1999: The frame remains the same? Stabilität und Kontinuität journalistischer Selektionskriterien am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge auf Ausländer und Asylbewerber, *Rundfunk und Fernsehen* 47: 409-432.
- Scheufele, Dietram A., 1999: Framing as a Theory of Media Effects, *Journal of Communication* 14: 103-122.
- Sievert, Holger, 1998: *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Snow, David A. und Robert D. Benford, 1988: Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization. In: Bert Klandermans et al. (Hg.): *From Structure to Action: Comparing Social Movement Across Cultures.* London: Jai Press, 197-218.

- Snow, David A. et al., 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation. In: *American Sociological Review* 51: 464-481.
- Stiehler, Hans-Jörg, 2000: „Nach der Wahl ist vor der Wahl“: Interpretationen als Gegenstand der Medienforschung. In: Hans Bohrmann et al. (Hg.): *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 105-120.
- Stiehler, Hans-Jörg und Mirko Marr, 1995: „Zwei Fehler sind gemacht worden, und deshalb sind wir nicht mehr im Wettbewerb“. Erklärungsmuster der Medien und des Publikums in der Kommentierung des Scheiterns der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1994. In: *Rundfunk und Fernsehen* 43: 330-349.
- Stiehler, Hans-Jörg und Mirko Marr, 1996: „Totgesagte leben länger“: Erklärungsmuster der Medien und des Publikums zum Abschneiden der PDS bei den Kommunalwahlen in Leipzig 1994. In: Christina Holtz-Bacha und Lynda Lee Kaid (Hg.): *Wahlen und Wahlkampf in den Medien: Untersuchungen aus dem Wahljahr 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 119-149.
- Tennert, Falk und Hans-Jörg Stiehler, 2001: *Interpretationsgefechte. Ursachenzuschreibungen an Wahlenden im Fernsehen*. Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag.
- Voltmer, Katrin, 1997: *Medien und Parteien im Wahlkampf. Die ideologische Präferenzen der meinungsführenden Tageszeitungen im Bundestagswahlkampf 1990*. In: *Rundfunk und Medien* 45: 173-193.